

22 Qs 40/19 Landgericht Frankfurt (Oder)

45 Gs 770/19 Amtsgericht Frankfurt (Oder)



Landgericht Frankfurt (Oder)

Beschluss

In dem Verfahren

betreffend den Antrag auf gerichtliche Überprüfung der Rechtmäßigkeit von verdeckten Maßnahmen – hier: Einsatz von automatisierten Kennzeichenerkennungssystemen auf der BAB 11 –

des Antragstellers:

Marko Tittel,

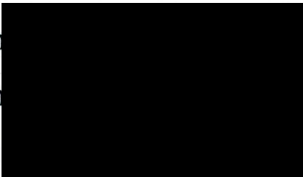


hat die 2. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt (Oder) als Beschwerdekammer
durch

die Vorsitzende Richterin an

die Richterin am Landgericht

den Richter am Landgericht



am 09.07.2019

beschlossen:

Die Beschwerde des Antragstellers gegen den Beschluss des Amtsgerichts Frankfurt (Oder) vom 24.06.2019 (Az.: 45 Gs 770/19), mit dem sein Antrag vom

10.06.2019 auf „Überprüfung der Rechtmäßigkeit der strafprozessual angeordneten Herstellung und Speicherung von Bildaufnahmen von allen die A 11 befahrenden Kraftfahrzeugen“ als unzulässig abgelehnt worden ist, wird aus den zutreffenden Gründen der angefochtenen Entscheidung, die sich die Kammer zu eigen macht und die durch das Beschwerdevorbringen nicht entkräftet sind, kostenpflichtig als unbegründet verworfen.

Lediglich ergänzend merkt die Kammer Folgendes an:

Der Antragsteller ist ersichtlich weder Zielperson noch erheblich mitbetroffene Person im Sinne des § 101 Abs. 4 S. 1 Nr. 7, Abs. 4 StPO einer konkreten strafprozessualen Maßnahme nach § 100h Abs. 1 StPO. Funktionsbedingt lässt sich bei Einsatz von automatischen Kennzeichenerfassungsanlagen vielmehr nicht ausschließen, dass auch Daten unbeteiligter Dritter erhoben werden. Diesen gegenüber besteht – wie das Amtsgericht zutreffend ausgeführt hat – eine Benachrichtigungspflicht im Sinne des § 101 Abs. 4 S. 1 StPO nicht. Die Prüfung der Rechtmäßigkeit des Einsatzes von automatisierten Kennzeichenerfassungsanlagen auf der BAB 11 ist zudem nicht tauglicher Gegenstand des Verfahrens nach § 101 Abs. 7 Abs. 2 StPO. Die in Rede stehende Frage ist vielmehr öffentlich-rechtlicher Natur, so dass in Bezug auf den Antragsteller sowohl für den nachträglichen Rechtsschutz gegen den in der Vergangenheit erfolgten Einsatz dieser Anlagen als auch für den Rechtsschutz gegen deren weiteren Betrieb allein der Verwaltungsrechtsweg eröffnet ist. Eine Verweisung der Sache an das Verwaltungsgericht durch die Beschwerdekammer kam hingegen nicht in Betracht, weil die Kammer insoweit an die – hier konkludent getroffene – Rechtswegentscheidung der ersten Instanz gebunden ist und im Rechtsmittelverfahren eine Überprüfung des beschrittenen Rechtsweges grundsätzlich nicht mehr stattfindet, § 17a Abs. 5 GVG. Die ausdrücklich oder stillschweigend bejahende Entscheidung des Gerichts des ersten Rechtszugs hat das Rechtsmittelgericht als bindend hinzunehmen. Ein Fall, bei welchem ausnahmsweise keine Beschränkung der Prüfungskompetenz der Rechtsmittelinstanz vorliegt (nämlich bei einem etwaigen Verstoß gegen § 17a Abs. 3 Satz 2 GVG), war hier nicht gegeben.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 473 Abs. 1 StPO.

Ausgefertigt



als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle